

Kommentar

Keine Furcht vor Demokratischem Sozialismus!

Als Linker hat man es nicht immer so leicht. Das weiß ich aus eigener Erfahrung. Und nein, das soll nun kein Plädoyer zum Mitleid werden, sondern ein Versuch zur Richtigstellung mancher Vorurteile, denen Anhänger der Linkspartei bis heute regelmäßig ausgesetzt werden. Als aktuelles Beispiel aus der Region wäre beispielsweise die Verweigerungshaltung mehrerer politischer Kräfte aus Singen zu nennen, die sich im Landtagswahlkampf vor allem deshalb gegen die Unterzeichnung einer Erklärung gegen die rechtslastigen Auswüchse mancher AfD-Politiker entschieden haben, weil der Aufruf dazu vom Spitzenkandidat der LINKEN kam. Immer wieder fällt mir auf, wie Anhänger von CDU bis FDP die „extremen Ränder“ im Parteiensystem ansprechen. Und sie meinen dabei wahrlich nicht nur die „Alternative für Deutschland“, deren Politik jeder Demokrat kritisieren darf und muss. Nahezu im gleichen Atemzug nennen Abgeordnete aus Regierung und Opposition auch die Linksfraktion, die sie damit – bewusst oder unbedacht – auf eine Stufe mit rechtskonservativen und rechtsnationalen Haltungen der AfD stellen. Eine solche Gleichsetzung von diametralen Gegensätzen kann nur auf einem fehlenden Verständnis für die Konzepte und Wurzeln der linken Bewegung in Deutschland durch die bürgerliche Mitte fußen.

Wo die Union Birnen und Äpfel vergleicht...

Ich erinnere mich beispielsweise an die Debatte um die Auflösung der sogenannten „Stasi-Unterlagenbehörde“, die im vergangenen Jahr im Deutschen Bundestag geführt wurde. Hier hat besonders die Union wieder einmal deutlich gemacht, dass die ihr zugehörigen Parteien nicht nur Äpfel mit Birnen vergleichen, sondern offenbar ganz gezielt darauf aus sind, die Philosophie, Normen und Ziele linker Politik missverstehen und das Geschichtsverständnis linker Abgeordneter verzerren zu wollen. Die getätigten Aussagen lassen sich wohl am besten in dem Standpunkt „Es gibt keinen guten Sozialismus“ zusammenfassen, den ich von einem der Mandatäre von der CDU hörte. Mit dieser Feststellung machen es sich die Redner aus der Koalition ziemlich einfach. Pauschale Werturteile über die Gesinnung Andersdenkender sind populistischer Wahlkampf, mit dem es sich vielleicht gut von anderen Parteien abgrenzen lässt. Eine Auseinandersetzung mit deren Überlegungen und Ideen sind sie allerdings nicht. Das beunruhigt mich ein wenig, zeigt es doch gewisse Defizite im demokratischen und parlamentarischen Grundverständnis, sich ernsthaft auch mit Forderungen einer Nicht-Regierungspartei zu beschäftigen.

Als Mitglied in DIE LINKE treffe ich bei konservativ eingestellten Freunden häufig auf die Vorhaltung, wir strebten einen Sozialismus à la DDR, Chinas oder Süd- und Mittelamerikas an. Zweifelsohne zähle ich mich zum pragmatischen Flügel meiner Partei, aber nicht nur der Großteil dessen Mitglieder, sondern eine übergroße Mehrheit aller unserer Mitstreiter hängen weder den Diktaturen nach, die im Namen des Sozialismus zum Tod von Millionen Menschen, zu Unterdrückung und Gewalt und zu sinnloser Vereinheitlichung führten, noch wollen wir in Deutschland einen gesellschaftlichen Umsturz erreichen. Wir vertreten ganz eindeutig die Weltanschauung eines demokratischen Sozialismus, den übrigens auch die SPD und deren Jugendorganisation immer wieder thematisch aufgreifen. Seine Sinnhaftigkeit funktioniert nicht ohne Freiheit, denn wir möchten auch weiterhin sicherstellen, dass sich

jeder Bürger in Deutschland nach seinen eigenen Wünschen entwickeln kann. Allerdings setzen wir bestimmte Rahmenbedingungen, um Auswüchse zu verhindern. Wir wollen eben nicht, dass in Deutschland immer mehr Millionäre und Milliardäre einer wachsenden Zahl von armen Menschen gegenüberstehen. Unser Ziel ist es eindeutig, statt auf Chancengerechtigkeit allein einen viel intensiveren Fokus auf Ergebnisgerechtigkeit zu setzen. Denn wir berücksichtigen vor allem auch, dass nicht nur die Startbedingungen jedes Individuums verschieden sind, sondern das Leben viele unerwartete Hürden, Schicksale und Veränderungen bringt, in denen wir nicht ausschließlich auf die Selbstregulierung des Einzelnen setzen können, sondern ein Fangnetz bedürfen, das auf die persönlichen Umstände jeder Lebensgeschichte reagiert. Dafür benötigt es zweifelsohne mehr Staat, denn die Entfesselung der freien Wirtschaft hat deutlich gemacht, dass wir auf den Wettbewerb nicht vertrauen können. Schließlich ist auch die soziale Marktwirtschaft nicht in der Lage, die notwendigen Zügel anzulegen, um Exzesse zu verhindern. Wir müssen zu einem Verständnis von Gemeinwohl zurückkehren, das Besitztümer fair verteilt – und dadurch gewährleistet, dass Pluralität unsere Ökonomie bestimmt.

Die Warnung vor einem sozialistischen Umsturz ist schlichte Angstmacherei!

Dass ein solches Umdenken vonnöten ist, beweist nicht nur die aktuelle Corona-Pandemie, in der uns die Auswirkungen eines zunehmend privatisierten Gesundheitssystems einholen. Überall dort, wo wir hoheitliche Aufgaben in die Hände selbstständiger Unternehmer legen, wird die menschliche Würde zu einem monetären Spielball der finanziellen Kräfte, die im spekulativen Denken von einigen marktradikalen Großkonzernen nach meiner Ansicht viel zu wenig unter der Kontrolle von Bürgern und Politik stehen. Wir wollen ein sozialliberales Agieren im besten Sinne, von dem sich die freiheitliche Partei im Bundestag seit langem verabschiedet hat. Letztlich gibt es weder Sicherheit noch Prosperität ohne Freiheit, auch soziale Sicherheit ist ohne persönliche Entfaltung nicht denkbar. Der sozialistische Gedanke fordert uns jedoch heraus, statt unseres eigenen Wohls ein verfassungskonformes Existieren der Gesamtgesellschaft in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen. Deshalb ist es nötig, dass wir extreme Unterschiede in der Lebensqualität von Menschen nicht hinnehmen. Wir brauchen Beschränkungen überall dort, wo der Reichtum Weniger die Schwachheit Vieler verschärft. Dafür sind Eingriffe nötig, weshalb ich klar zu Forderungen wie einem Grundeinkommen als sanktionsloser Mindestsicherung, einer Vermögensabgabe und einer stärkeren Umverteilung der steuerlichen Lasten stehe. Denn es darf nicht sein, dass Partizipation vor allem denjenigen zusteht, die lobbyfähig sind. Ein Staatswesen, das gerecht sein soll, muss Teilhabemöglichkeiten für alle schaffen. Daher befürworte ich einen Ausbau unserer parlamentarischen Demokratie hin zu mehr direkter Beteiligung. Plebiszite sind notwendig, um auch denen eine Stimme zu geben, die sich keine Termine im Vorzimmer der Minister besorgen können. Aus meiner Perspektive reicht es nicht aus, alle vier Jahre ein Kreuz abzugeben. Wir brauchen Mitspracherechte, die auch verbindlich sein müssen: Alle Bürger müssen über grundlegende Fragen entscheiden dürfen, welche für die Gemeinschaft von herausragender Bedeutung sind – und die in ihrem Ansinnen mit unserem Grundgesetz vereinbar bleiben.

Würden Kritiker unsere politischen Angebote mit Respekt betrachten, würde ihnen klarwerden, dass niemand von uns die Demokratie abschaffen will. Im Gegenteil: Unser Anliegen ist es, die freiheitlich-demokratische Grundordnung weiterzuentwickeln, indem wir sie vom kapitalistischen Höhenflug auf solidarischen Grund erden wollen. Zweifelsohne: Wir

möchten mehr Gleichheit, aber keine Gleichmacherei. In meiner Überzeugung stehen wir vor einer sozial-ökologischen Wende, in der wir versuchen wollen, allen Menschen unter nachhaltigen Bedingungen ein würdevolles Dasein zu garantieren, statt sie ständig zu gängeln und ihnen ein Gefühl von Abhängigkeit zu geben. Das beste Mittel hierfür sind Arbeitsplätze, die Zukunft haben. Der Klimawandel, der „Demografische Wandel“ und der Lebenswandel einer divers gestalteten Gesellschaft fordern uns in den nächsten Jahrzehnten heraus. Gleichzeitig öffnen sie Türen für Neues und werden viele Arbeitslose in finanzielle Absicherung bringen. Das Anpacken von Modellen, die gerade im Moment aufkommen, ist unsere Verantwortung des 21. Jahrhunderts: Vom „Home-Office“ über naturschonende Mobilität bis hin zu ressourcensparendem Bauen gibt es viele Beispiele, wie Jobs geschaffen werden können – und wodurch Wohlstand für eine wachsende Zahl an Menschen möglich sein wird. Denn schlussendlich geht es um die Harmonisierung der Gesellschaftsschichten. Individualität bedeutet nämlich nicht, sich nach Belieben zu verwirklichen – und allein durch die Konkurrenz des Nächsten in der eigenen Sehnsucht nach Erfolg und Größe begrenzt zu werden. Viel eher haben wir alle in unserem Staat einen entsprechenden Platz, der uns so viel Raum zur persönlichen Lebensplanung gibt, dass auch jeder Andere noch genügend Mittel zur Verfügung hat, um sich und seine Träume umzusetzen. Liberalität ist für uns eben kein Anrecht auf Egoismus, sondern die verantwortungsvolle Aufgabe eines Jeden, im Miteinander eines Volkes den eigenen Willen zu erfüllen, ohne dabei auf die Ansprüche und Güter des Nachbarn zurückzugreifen. Ich bin mir sicher, dass der demokratische Sozialismus nicht nur das ehrlichste Weltbild zeichnet, sondern Konzepte verbindet, welche den menschlichen Narzissmus zurück in seine Schranken verweisen. Der Vorwurf, Planwirtschaft schaffe Unfriede, ist sicher richtig. Doch ein zügelloser Marktkapitalismus bringt Elend und Tod. Unsere Aufgabe ist es, das Dazwischen zu fördern.

LINKE Forderungen sind nur bedingt verhandelbar!

Ständig höre ich davon, DIE LINKE sei nichts Anderes als die Nachfolgepartei der SED. Schon allein im historischen Sinne will ich hinter diese Behauptung ein gewisses Fragezeichen stellen. Vor allem aber ist DIE LINKE eine neue Partei, die sich aus einem westdeutschen und ostdeutschen Teil zu einer gesamtdeutschen politischen Kraft etabliert hat. Die Aufarbeitung ihrer Vergangenheit haben wir wie kaum eine andere Gruppierung mit Vehemenz vorangetrieben. Als politisches Angebot sind wir besonders, weil wir Alleinstellungsmerkmale verfolgen, welche uns aus Sicht vieler Angehöriger Ihrer Partei zumindest auf Bundesebene als „nicht regierungsfähig“ erscheinen lassen. Schlussendlich gehört es aber zu unserer DNA, beispielsweise keine bewaffneten Auslandseinsätze der Bundeswehr befürworten zu können. Wir leben Pazifismus in Striktheit. Und auch wenn in Wahljahren in unseren Reihen immer wieder die Frage aufkommt, ob wir angesichts der Option zum Machtwechsel von bestimmten Positionen abrücken würden, bin ich froh über die Klarheit, mit der DIE LINKE für ihre Prinzipien einsteht. Wenngleich ich generell unterstützen würde, dass wir manche Vehemenz in unserer Thematik auch kritisch hinterfragen – wie die uneingeschränkte Fürsprache gegenüber Russland und den realsozialistischen Machthabern Lateinamerikas –, bleibe ich dabei: Eine Partei ist nicht deshalb aus der Zeit gefallen, weil sie die Zugehörigkeit zum NATO-Bündnis in Disposition stellt. Auch mir ist bewusst: Für Koalitionen braucht es Kompromissbereitschaft. Wir können aber in Belangen, zu denen wir uns über Jahrzehnte aus tiefster Seele heraus eine Meinung gebildet haben, nicht einfach über unseren Schatten springen, um zu beweisen, dass wir es mit der Bereitschaft zur Regierungsverantwortung ernstmeinen. Ob CDU, CSU oder FDP: Sie

wissen selbst, dass Politik ein Geben und Nehmen ist – und dass das Land vor das eigene Parteiprogramm gestellt werden sollte. Gleichzeitig hilft es jedoch niemandem, wenn wir gerade in Punkten, für die uns die Wähler ihr Vertrauen aussprechen, zu übermäßiger Flexibilität bereit sind. Denn im Gegensatz zu manch anderen Kräften im Land wird DIE LINKE ihre Versprechen an die Menschen nicht verraten – und im Zweifel auf die Gelegenheit verzichten, in eine wie auch immer aussehende Zusammenarbeit nach dem nächsten Urnengang einzusteigen, wenn das Klüngeln um politische Forderungen unseren Markenkern in Frage stellt.

Selbstverständlich ist all das nur meine persönliche Meinung als einzelnes Glied der LINKEN. Dennoch vertraue ich darauf, dass unsere Partei auch künftig ihre unterschiedlichen Flügel in der gemeinsamen Position vereinigt, wonach wir das größtmögliche Maß von Humanismus als Garanten eines perspektivischen Zusammenlebens in der Neuzeit anstreben. Zweifelsfrei kann ich nichts daran ändern, wenn uns politische Gegner auch weiterhin als Rückständige oder Ewiggestrige betrachten. Meine Vision von einem modernen Staatswesen, das ich hier skizziert habe, betrachte ich als lösungsorientiert für viele Ungleichgewichte in unserem eigenen Land – und in der Welt darüber hinaus. Dafür braucht es keinen Sturz des heutigen Systems, sondern die Weisheit zu einer Weichenstellung dort, wo wir unsere Verfassung den gegenwärtigen Herausforderungen anpassen sollten – ohne dabei ihren unumstößlichen Tenor von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu tangieren. Ich spreche mich für die unveränderlichen Grundwerte unserer Nation aus, die ich als Geschenk betrachte. Und weil sie mir so wichtig sind, sehe ich es als meine Aufgabe eines politisch denkenden Menschen an, Verkrustungen aufzubrechen und Irrwege zu korrigieren – was jedoch nichts daran ändern wird, dass mein Herz für die Demokratie schlägt und ich jederzeit dazu bereit bin, mich zu ihren Idealen zu bekennen. Ich wünsche mir, dass wir uns als ihr Verteidiger auf die Gemeinsamkeiten konzentrieren, die wir teilen – und unsere Kräfte stärker als bisher dafür nutzen, ihre tatsächlichen Gegner mit den legitimen Mitteln der politischen Auseinandersetzung zu konfrontieren. Denn nur dadurch kann es uns gelingen, die Erfolge von Verfassungsleugnern zurückzudrängen. Ich bin gespannt, ob die politischen Mitbewerber dazu bereit sein werden...

Dennis Riehle